

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist das jüngste tragische Beispiel dafür. Hier zeigt sich wieder einmal, wie das Leben der Bevölkerung noch bis aufs Letzte den nationalstaatlichen Interessen untergeordnet wird, indem man die Menschen auf sich schießen und sich gegenseitig umbringen lässt. Mit den altbekannten Folgen: Tod, Verwundung, Familien werden zerstört, Menschen entwurzelt und vertrieben; unvorstellbares Leid über sie gebracht. Es ist daher unsere Pflicht die Beendigung des Krieges durch seine herrschenden Verursacher*Innen zu fordern und für den Frieden auf die Straße zu gehen!

Verhandlungen sind nötig.

Denn keine Seite wird diesen Krieg rein durch militärische Überlegenheit gewinnen und alle ihre Ziele durchsetzen. Das sagen Militärexperte*innen aus Europa und den USA.

Die Frage ist also nicht ob, sondern WANN verhandelt wird.

Das Sterben darf nicht weitergehen, die Menschenleben nicht weiter der blutige Preis zur Verbesserung der eigenen Verhandlungsgrundlage sein. Stattdessen muss man einen sofortigen Waffenstillstand erwirken und die Kriegsparteien so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch bringen. Dies gelingt nicht, wenn dabei - wie laut Aussage der deutschen Außenministerin - oberstes Ziel ist "Russland zu ruinieren". Ebenso muss man den USA unterstellen den Krieg in die Länge ziehen zu wollen. So sagte der US-Verteidigungsminister Austin im April '22, dass man mit der Unterstützung der Ukraine Russland schwächen wolle. Wir können hier vor Ort keinen Druck auf Russland oder die USA ausüben, aber wir müssen bei der deutschen Regierung ein Zeichen setzen, damit sie sich innerhalb der NATO und gegenüber den USA für einen Waffenstillstand einsetzt.

Verhandlungen sind möglich.

Das zeigt das Abkommen zum Getreideexport, dies zeigen auch die letztlich fehlgeschlagenen Istanbul Verhandlungen vom Beginn dieses Kriegs. Damals schien ein Waffenstillstandsabkommen möglich, das den Rückzug Russlands auf den Stand vom 23. Februar zum Inhalt hatte und zugleich die Neutralität der Ukraine garantierte. Es wurde nach Aussage des israelischen Ex-Premiers Bennett vom Westen blockiert, insbesondere von Großbritannien und den USA.

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua im Zuge des Staatsbesuchs von Xi Jinping in Russland meldete, sei Russland „offen für Friedensverhandlungen“ und begrüße „Chinas konstruktive Rolle dabei“. Auch Putin scheint sich also endlich einzugestehen, dass er seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg nicht eindeutig gewinnen kann. Verhandlungen sind möglich, wenn alle Seiten dies zulassen!

Wir weisen Diffamierung zurück!

Wer für Verhandlungen sei, betreibe die Sache Putins. Jede*r, die oder der nicht in das Horn der Scharfmacherinnen und Scharfmacher bläst, wird als Parteigänger*In des Feindes bezeichnet oder zumindest als dessen nützlicher Idiot.

DIE LINKE lässt sich nicht in ihrer klaren Friedenshaltung verbiegen. Wir stehen weiterhin für Frieden und Völkerverständigung sowie eine schnelle Beendigung des Ukraine-Krieges.

Es gibt keine humanistische Alternative zu Verhandlungen!

Inzwischen mehrten sich auch international die Stimmen, die für einen Waffenstillstand eintreten, damit Friedensverhandlungen stattfinden können. Auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen fordert verstärkt diplomatische Bemühungen!

Damit wir sichtbar werden, brauchen wir ein breites Bündnis.

Die Friedensfrage verbindet über politische Lager hinweg. DIE LINKE in Bielefeld tritt dafür ein, die Friedensbewegung allen demokratischen Kräften zu erweitern und zu stärken.

Wer in diesem Zusammenhang den Vorwurf einer Zusammenarbeit mit Rechten erhebt, will diese Bewegung klein halten. Ernsthaftes Eintreten für den Frieden schließt die Kooperation mit Nationalist*Innen und Faschist*Innen, die diesen Krieg nur deshalb ablehnen, weil er aus ihrer Sicht keinen deutschen Interessen nützt und nicht etwa aufgrund der grausamen Natur des Krieges selbst, grundsätzlich aus.

Die Folgen bedenken!

Wer jetzt nicht das diplomatische Bemühen um Friedensverhandlungen in den Vordergrund des politischen Handelns stellt, soll sich die Folgen eines langen Kriegs in der Ukraine vor Augen führen: Es werden weiterhin viele Menschen mit ihrem Leben bezahlen und am Ende wird es dennoch zu einer Verhandlungslösung kommen, weil dieser Krieg nicht gewonnen werden kann.

Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird es anschließend die Gräben zwischen den Völkern zu überwinden.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr kann man in der Bevölkerung dieses Landes den Geist des Militarismus verbreiten und Feindbilder verfestigen. Das Klima der öffentlichen Diskussion wird vergiftet und das Spektrum der veröffentlichten Meinungen verengt. Die äußere Konfrontation verengt die Spielräume für gesellschaftliche Veränderungen.

Je länger dieser Krieg dauert, desto mehr werden die Herrschenden ermutigt, die Anliegen breiter Bevölkerungskreise zu missachten – unter dem Vorwand erhöhter Rüstungsausgaben wird schon jetzt ein Angriff auf die öffentlichen Leistungen des Staates begonnen.

Schließlich werden die Ressourcen, die dringend für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft gebraucht werden, auf Jahre hinaus für Rüstung gebunden. Und auch das ökologische Anliegen selbst wird in der Situation äußerer Konfrontation an politischem Gewicht verlieren. Zudem wird die Welt in eine Polarisierung zwischen zwei Blöcken getrieben, in einen neuen Kalten Krieg. China ist der eine Pol, die USA der andere.

Eine der Grenzen zwischen den Blöcken verläuft wieder durch Europa. Russland wird durch einen langen Krieg in Abhängigkeit von China geraten. Die anderen Gewinner werden die USA sein, denen es gelingt, sich Westeuropa wieder vollständig unterzuordnen.

Wollen wir wirklich, dass Deutschland sich demnächst aufgrund einer Abhängigkeit von den USA an kommenden Kriegen beteiligt – unter Missachtung von Völkerrecht, Demokratie und Menschenrechten wie im Irak, in Libyen oder im Kosovo?



Verhandlungen sind nötig, Verhandlungen sind möglich, Verhandlungen sind ohne Alternative ist! Sprechen wir darüber mit unseren Nachbar*Innen, mit den Kolleg*innen, in unseren Familien.

Lasst uns den Gedanken verbreiten, dass der Frieden möglich ist!